

Ausschnitte aus einem Interview am 22.6.00 (RATSINFO als Beilage der Göttinger Blätter)

Herr Prof. Bertram, Sie als Physiker warnen seit vielen Jahren vor den Auswirkungen der Atomenergie. Wo sehen Sie die vom Betrieb von Atomkraftwerken ausgehenden Gefahren ?

B.: "Atomenergie ist nicht beherrschbar. Das ist nicht nur eine griffige Formel sondern leider folgeschwere Realität. Radioaktivität, beim Betrieb von atomtechnischen Anlagen unvermeidbar freigesetzt, wirkt insbesondere auf lebende Systeme zerstörerisch. Auch in geringsten Dosen werden Organismen und deren Stoffwechsel beeinflusst und verändert. Die besondere Gefahr liegt in der Langzeitwirkung. Von radioaktiven Partikeln, die durch kriegsrische oder zivile Einrichtungen in die Umwelt gelangen, geht noch nach Jahrtausenden eine lebensgefährliche Strahlung aus. Die Schädigung wächst mit jeder Kilowattstunde Atomstrom, da jeder Betriebstag die Menge an Atomüll vermehrt. Weltweit ist es trotz intensiver Forschung nicht gelungen, einen sicheren Einschluß des Atomülls zu gewährleisten. Eine sofortige Stilllegung aller Atomanlagen ist daher dringend notwendig. Zur Versorgung der Menschen mit Energie bedarf es keiner Atomkraftwerke, diese sind angesichts der Alternativen völlig überflüssig."

Nach Auffassung der Atomkraftbetreiber kann die Alternativenenergie nur einen Bruchteil der benötigten Energie decken. Sie sind da ganz anderer Meinung?

B.: Die Naturkräfte Wind, Sonne, Biomasse stehen reichlich zur Verfügung. Diese Erkenntnis ist älter als die Kenntnisse über die lebensfeindliche Kernspaltung oder Kernfusion. Der gesamte private und industrielle Energiebedarf ist durch erprobte technische Verfahren mittels Sonnen- und Windenergie zu decken. Kollektoren zur Wassererwärmung und Heizung, Solarzellen zur Stromproduktion sind heute bereits im Supermarkt zu erwerben. Einer energetischen Verwertung von Biomasse steht technisch nichts mehr im Wege. Die Speicherung von Wind- und Sonnenenergie auch über lange Zeiträume ist technisch ausgereift. Besondere Bedeutung kommt dabei dem solarerzeugtem Wasserstoff als quasi schadstofffreien Brennstoff zu. Mehrere voneinander unabhängige Studien zeigen, daß auch in unserer vergleichsweise sonnenarmen Region eine Totalversorgung möglich ist. Die dazu benötigte „solare Erntefläche“ entspricht in etwa der zur Zeit vorhandenen Dachfläche.

Sie haben in der jüngeren Vergangenheit die grüne Atompolitik heftig kritisiert. Was hätte Ihrer Meinung nach denn anders laufen müssen?

B.: Die sofortige Abschaltung aller Atomkraftwerke war eines der stärksten Motive, die grüne Partei zu gründen. Was jetzt über sogenannte Konsensverhandlungen erreicht wurde und von offiziellen grünen Vertretern sogar als Erfolg hingestellt wird, hat mit einem Ausstieg nichts mehr zu tun. Wer Laufzeiten von mehr als 30 Jahren akzeptiert und Bestandsschutz von Atomanlagen garantiert, ist nicht mehr gegen sondern für Atomenergie. Statt die in Fülle vorliegenden Argumente gegen den Weiterbetrieb von Atomanlagen, zur Novellierung des Atomgesetzes und zur Verschärfung der Strahlenschutzverordnung zu nutzen, wird unter dem Druck des größeren Koalitionspartners ein „Konsens“ offeriert, der alle Bemühungen der Antiatomkraftbewegung konterkariert. Wer angesichts der ungelösten Entsorgung weiterhin die Produktion von Atomüll zuläßt und absichert, handelt nicht mehr im Interesse der Menschen und der Umwelt, sondern macht sich zum Handlager einer rein profitorientierten Atomwirtschaft. Damit haben die Grünen in Deutschland das Recht verwirkt, als parlamentarischer Arm der Antiatomkraftbewegung aufzutreten.

Sie sind vor wenigen Monaten aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen ausgetreten. Als Gründungsmitglied über viele Jahre in verschiedenen Gremien aktiv tätig, ist ein solcher Schritt recht ungewöhnlich. Was waren Ihre Gründe?

B.: Mit der Billigung von Kriegeinsätzen haben sich die Grünen als Friedenspartei verabschiedet. Die Grünen haben akzeptiert -und bezeichnen als Ausstieg-, daß Akw und andere atomtechnische Anlagen unbehindert für über 30 Jahre weiterbetrieben werden können. Auch in anderen Politikfeldern haben sich die Grünen weit von ihren Wurzeln entfernt. Die ersten 10 Jahre seit der Gründung waren gekennzeichnet durch eine fundamentale Systemkritik. Wir wollten nicht nur korrigieren, sondern wollten eine „andere politische Kultur“. Davon ist nichts mehr geblieben. Die Grünen sind Teil des Systems geworden und haben sich in ihm (z.T. gut besoldet) arrangiert. Jene, die nach wie vor eine grundsätzliche Systemveränderung anstreben, gelten als Spinner und Störer

der Anpassungsstrategie. Was gegenwärtig unter Grün abläuft, kann nur noch als Etikettenschwindel bezeichnet werden: *Es steht zwar noch Grün drauf aber es ist kein Grün mehr drin.* Programmatische Aussagen, gefasste Beschlüsse werden nach Gutdünken und Windrichtung interpretiert. Es spielt sich genau das ab, was wir als Gründer bekämpft haben, was durch basisdemokratische Formen der Entscheidungsfindung und Politikgestaltung vermieden werden sollte: Einige Einflußreiche, denen persönliche Besitzstandswahrung und Regierungsämter wichtiger sind als grüne Grundsätze, manipulieren die „dumme Basis“ in gleicher Weise, wie man es von anderen Parteien zur Genüge kennt. Auf der Strecke bleiben gute und politisch innovative Ansätze, das Engagement vieler politisch bewegter Menschen an der Basis wird mißachtet.. Historisch gesehen, wird eine wahrscheinlich einmalige Chance der gesellschaftlichen Erneuerung unter dem Primat der ökologischen Nachhaltigkeit vertan. Eine Spaltung der Partei deutet sich an. Eine linke konsequent ökologische Minderheitenfraktion wird die Partei verlassen und sich wahrscheinlich neu formieren.. Für die verbleibende Mehrheit wird das bloße Mitregieren wichtiger sein als die Durchsetzung ökologischer Ziele. Tröstlich ist nur, daß der ideologische Niedergang von Bündnis 90/Die Grünen nicht das Ende der Ökologiebewegung bedeutet.